



Presseschau vom 15.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondenT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

[de.sputniknews.com](#): Annäherung von Moskau und Ankara beunruhigt Washington – Tillerson

Die Annäherung zwischen Russland und der Türkei beunruhigt die Vereinigten Staaten. Diese Ansicht äußerte US-Außenminister Rex Tillerson am Mittwoch in einer Anhörung im Auswärtigen Ausschuss des US-Repräsentantenhauses.

Die Beziehungen zur Türkei sind laut Tillerson äußerst wichtig für die USA, die Nato und Europa. Dabei sei aber Washington über die Situation in diesem Land, insbesondere nach dem Militärputschversuch im vorigen Jahr, beunruhigt.

„Wir sind besorgt wegen ihrer Kooperation mit Russland“, so Tillerson.

Ihm zufolge setzt Washington weiterhin einen aktiven Dialog mit Ankara fort und bespricht mit ihm aktuelle Probleme. Tillerson räumte ein, dass die Türkei Einwände gegenüber den USA wegen deren Kampfmethoden gegen den IS („Islamischer Staat“, auch Daesh) und wegen deren Unterstützung der Kurden habe.

[Ukrinform.ua](#): Der US-Senat hat am Mittwoch mit klarer Mehrheit eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland wegen seiner Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahl in den USA beschlossen.

97 der 100 Senatoren stimmten für die Strafmaßnahmen, zwei waren dagegen, berichtet der

eigene Korrespondent von Ukrinform. Die Maßnahmen gegen Russland sind ein Teil eines Gesetzentwurfes zu den Iran-Sanktionen.

Von den neuen Sanktionen sind wichtige Wirtschaftszweige Russlands wie Bergbau, Eisenbahn, Schwerindustrie und Schifffahrt betroffen. Die Sanktionen werden auch gegen einzelne Personen, die für Menschenrechtsverletzungen und Waffenlieferungen an Syrien verantwortlich sind, sowie in die Sektoren Geheimdienste, Militär sowie in den Bau von Pipelines im Energiesektor investieren, eingeführt.

Gemäß dem Papier sollen alle von der Obama-Regierung verhängten Sanktionen erhalten bleiben. Die Bemühungen zur Aufrechterhaltung von Russland-Sanktionen als eine Antwort auf „die Krise in der Ostukraine, Cyberangriffe und Einmischung sowie Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation“ sollten auch intensiviert werden. Dem Gesetzentwurf muss noch das Repräsentantenhaus zustimmen. Anschließend muss ihn Präsident Donald Trump unterzeichnen.

de.sputniknews.com: Russland verspricht Antwort auf Sanktions-Erweiterung der USA
Moskau wird die Erweiterung der antirussischen Sanktionen durch die USA nicht ohne Antwort lassen. Dies sagte am Mittwoch Wladimir Dschabarow, erster Vizechef des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (Oberhaus).

„Wir müssen die endgültige Entscheidung des Kongresses sowie die Reaktion des US-Präsidenten Donald Trump abwarten. Aber falls das Gesetz verabschiedet wird, würden wir dies auf keinen Fall ohne Antwort lassen“, so Dschabarow.

Zuvor am Mittwoch hatte der US-Senat mit Stimmenmehrheit (97 zu 2) den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Sanktionen gegen Russland gebilligt.

Dan-news.info: „Gegen 21:00 wurde im Kiewskij-Bezirk ein Mann, geb. 1957, verletzt“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.
Nach Angaben der Quelle hat der Verletzte Splitterverletzungen am Rücken, er hat die notwendige medizinische Hilfe erhalten.

de.sputniknews.com: „Kiew diskreditiert sich selbst“: Russischem Boxer grundlos Einreise zur EM verwehrt

Die Ukraine diskreditiert sich selbst, indem sie den russischen Profiboxer Georgi Kuschitaschwili zur Europameisterschaft in Charkiw nicht einreisen lässt. Dies sagte am Mittwoch der Generalsekretär der russischen Boxföderation (FBR), Umar Kremlew.

Nach Angaben des Portals R-Sport wurden dem Boxer Kuschitaschwili, der FBR-Sprecherin Wlada Romanowa, zwei Journalisten des russischen Senders Life sowie einigen russischen Fans an einem ukrainischen Grenzkontrollpunkt ohne jegliche Erklärung die Einreise verweigert. Alle anderen Sportler hätten einreisen dürfen, hieß es. Man habe Romanowa Fragen bezüglich ihrer Krim-Reise vom Jahr 2015 gestellt. Ihr zufolge hatte sie dort damals mit ihrer Mutter Urlaub gemacht.

„Die ukrainische Seite diskreditiert sich selbst auf diese Weise. Wir lösen jetzt die Frage mit einem Sportler in der Gewichtsklasse 81 Kilogramm. Wir sehen keinen einzigen objektiven Grund für solch eine Behandlung gegenüber unserer Nationalmannschaft“, so Kremlew. Eine offizielle Antwort habe er nicht bekommen.

Die Box-Europameisterschaft findet vom 16. bis zum 24. Juni in der ukrainischen Stadt Charkiw statt. Sie ist eine Qualifikationsetappe für die Weltmeisterschaft, die vom 25. August bis zum 3. September in Hamburg ausgetragen wird.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Putin: Europa und USA haben Putsch in Kiew unterstützt
Europa und die USA haben 2014 den Staatsstreich in der Ukraine unterstützt, wie Russlands Präsident Wladimir Putin im Interview mit dem Starregisseur Oliver Stone feststellte. Der Film mit dem Interview wurde vom TV-Sender Showtime ausgestrahlt.

Wie Putin betonte, wollten Europa und die USA dabei nicht das Wesen der Krise in der Ukraine untersuchen.

„Unsere Partner in Europa und den Vereinigten Staaten haben auf die Unzufriedenheit der Menschen gesetzt, statt herauszufinden, was real geschieht, und sie haben den Staatsstreich unterstützt.“

Dabei teilte der russische Präsident die Meinung Stones mit, die USA hätten der Entwicklung in der Ukraine nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. „Die CIA hat dies überaus aufmerksam verfolgt“, betonte er.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31440/32/314403278.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden das Territorium der LVR **elfmal** beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Almasnaja, Perwomajsk, Frunse, Obosnoje, Losowoje, Nishneje Losowoje, Krasnyj Liman.**

Es wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

de.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview mit US-Regisseur Oliver Stone den Abbau der russischen Militärausgaben in den nächsten Jahren angekündigt.

„Es gibt eine Einsicht darin, dass eine effektiv funktionierende Wirtschaft die allergrößte Bedeutung in einem Staat haben soll“, sagte Präsident Putin in dem Interview mit Stone, das vom US-Sender Showtime in dieser Woche in vier Teilen ausgestrahlt wird. „Deshalb soll die Armee kompakt sein, dabei aber modern und effektiv. Wir geben sowieso ziemlich viel aus.“

Diese Ausgaben haben im vergangenen Jahr gut drei Prozent betragen."

Dieser Wert sei für Russland „zu viel“, so Putin. In diesem Jahr sei es die Aufrechterhaltung von Militärausgaben, die vor allem zur Einsparung beitrage. „Allmählich wird es in den drei nächsten Jahren auf die Werte von 2,7 bis 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zurückgehen“, so der russische Staatschef.

Die Interviews, die der Dokumentation von Stone zugrunde liegen, wurden im Laufe von zwei Jahren, von 2015 bis zu 2017, gedreht.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Die ukrainischen Streitkräfte haben in der Nacht **Trudowskije** beschossen, in der Folge wurde das Gebäude des Kinderheims Nr. 3 in der Krasnogorowka-Straße beschädigt, dort leben 40 Kinder. Außerdem wurde Fensterscheiben in Häusern in der Sokolowskij-Straße 2, 3, 4 beschädigt. Wegen eines direkten Treffers brannte ein Haus in der Amudarjinskaja-Straße 39 vollständig ab. Außerdem haben in der Siedlung sechs Straßen kein Gas: ein Geschoss durchschlug eine Gasleitung“, teilte der stellvertretende Leiter der Verwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Sergej Tschub mit.

Der Leiter der Verwaltung des **Kiewskij-Bezirks von Donezk** Walentin Lewtschenko teilte mit, dass das Territorium der Fabrik „Totschmasch“ beschossen wurden. Außerdem wurden nach Angaben des Bürgermeisters von Gorlowka Iwan Prichodko in **Golmowskij** im Norden der Stadt Fensterscheiben in sieben Wohnungen in der Sogorodnaja-Straße 21 beschädigt. Nach Angaben des Kommandos der DVR wurden in der Siedlung **Sastanzionnyj im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** Wohnhäuser in der Zoologitscheskaja-Straße 35, 37 und 44. beschädigt.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **66 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Beschossen wurden die Gebiete von **23 Ortschaften der Republik**“, teilte das operative Kommando der Republik mit.

Es wurde mit Artillerie- und Panzergeschützen, Mörsern, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

„In der Folge von nächtlichen Beschüssen des Dorfes **Wesjoloje** bei Jasinowataja von Seiten der ukrainischen Streitkräfte haben 80 Verbraucher keinen Strom. Spezialisten sind schon vor Ort, um die Stromleitungen zu reparieren“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit. Informationen über Tote und Verletzte sind nicht eingegangen.

de.sputniknews.com: Hilfsgüter für Donbass: Russland schickt 66. Konvoi nach Donezk und Lugansk

Das russische Zivilschutzministerium hat laut seines Pressedienstes am Donnerstag bereits den 66. Hilfskonvoi mit humanitären Hilfsgütern in den ostukrainischen Donbass entsandt. Er soll mehr als 500 Tonnen Hilfsgüter in die Region bringen.

Der LKW-Konvoi sei am Donnerstagmorgen vom Don-Rettungszentrum des Zivilschutzministeriums in der Ortschaft Kowaljowka (Gebiet Rostow) mit mehr als 500 Tonnen Hilfsgüter in Richtung russisch-ukrainischer Grenze gestartet, hieß es in der Mitteilung. Die Ladung bestehe vor allem aus Kindernahrung und Medikamenten. Unterwegs werde sich der Konvoi aufteilen: Ein Teil wird den Grenzkontrollpunkt „Donezk“, der andere den Kontrollpunkt „Matwejew Kurgan“ passieren. Dort werden die LKW vom russischen und ukrainischen Zoll kontrolliert. Erst dann setzen sie ihre Fahrt nach Donezk und Lugansk fort.

Seit August 2014 schickt Russland regelmäßig Hilfskonvois zur Unterstützung der Donbass-Bewohner – bislang insgesamt schon mehr als 68.000 Tonnen Hilfsgüter....



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31616/82/316168250.jpg>

Dan-news.info: Der 66. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands ist heute in der Hauptstadt der DVR eingetroffen, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit.

Der Konvoi besteht aus 28 Lastwagen, die unter anderem 103 Tonnen medizinische Güter und 261 Tonnen Kindernahrung geliefert haben.

Das Gesundheitsministerium teilte mit, dass die Lieferung Insulin, Krebsmedikamente für Erwachsene und Kinder, Medikamente für Neugeborenenstationen, Röntgenkontrastmittel, Verbrauchsmaterialien für die Dialyse und Impfstoffe beinhaltet.

Lug-info.com: Der 66. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen.

Der Leiter der Kolonne Alexej Strelnikow erklärte, dass 17 Lastwagen mehr als 200 Tonnen humanitäre Ladung geliefert haben, darunter Kindernahrung und Medikamente.

de.sputniknews.com: Putin: Russland braucht Unterstützung bei Regelung der Syrien-Krise
Russland benötigt die Unterstützung der USA, Saudi-Arabiens, Jordaniens sowie Ägyptens, um die Syrien-Krise zu regeln. Das sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Interview mit US-Regisseur Oliver Stone.

Der Präsident sagte dem Regisseur zum Thema Syrien:

„Wir haben kein Interesse an der Aufblähung des Konflikts, umgekehrt sind wir an weiterer Pflege eines Dialogs interessiert, um die territoriale Integrität des Landes zu sichern. Das ist aber sehr kompliziert. Es ist für uns schwer, einen Konsens zu erreichen. Aber ein direkter Kontakt mit den einen und anderen Partnern gibt uns solch eine Chance. Und im Allgemeinen erzielen wir Erfolg.“

Russlands Präsident verwies darauf, dass „wir die Unterstützung der USA, Saudi-Arabiens, Jordaniens, Ägyptens“ benötigten.

„Aber wir werden sehr akkurat agieren, damit jeder weitere Schritt die erzielten Ergebnisse verankert und sie nicht zerstört“, fügte der russische Staatschef hinzu...

Dnr-online.ru: Der Pressedienst des Verteidigungsministeriums der DVR teilt mit, dass Informationen vorliegen, dass der Leiter der Donezker militärisch-zivilen Verwaltung Sherbinskij (ukrainische Besatzungsbehörde - Anm. d. Übers.) Erlasse an die Bezirksverwaltungen des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territoriums ausgegeben hat, dass in dieser Woche Versammlungen mit örtlichen Einwohnern der frontnahen Ortschaften stattfinden sollen, bei denen die Einwohner informiert werden, dass Beschüsse zu erwarten sind – angeblich vom Territorium der DVR aus.

„Unsere Aufklärung hat bereits die Durchführung solcher Versammlungen in den Bezirken Wolnowacha und Tores festgestellt. Insbesondere gab es am Montag eine Versammlung mit örtlichen Einwohnern in Blishneje, Wolnowacha-Bezirk. Es ist wichtig anzumerken, dass der Vertreter der örtlichen ukrainischen Behörde von den Einwohnern verlangte, vor den Kameras ukrainischer Massenmedien die Armee der DVR der Beschüsse zu beschuldigen, obwohl dies nicht so war.

Wir bringen diesen Fall mit dem Beschuss von Suchaja Balka von den Positionen der ukrainischen Truppen aus in Verbindung, wo ein friedlicher Einwohner starb. Die Einheiten der Armee der DVR haben nicht geschossen und halten die Minsker Vereinbarungen streng ein“, heißt es in der Mitteilung.

Ukrinform.ua: Die illegalen Militärformationen haben in der Nacht zum Donnerstag die Ortschaft Sucha Balka in der Ostukraine angegriffen. Ein Einwohner der Ortschaft ist dabei ums Leben gekommen.

Das teilt die Pressestelle des Stabs der Antiterror-Operation (ATO) unter Berufung auf die ukrainische Seite des gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination mit.

„In der Nacht von 14. auf 15. Juni griffen die Kämpfer aus Richtung Horliwka mit schwerer Artillerie, wahrscheinlich mit einem Kaliber von 152 mm, Wohnviertel der Ortschaft Sucha Balka an. Durch einen Volltreffer im Haus auf der Molodischna-Straße ist ein 52-jähriger Mann ums Leben gekommen“, heißt es in der Meldung. Auf dieser Straße seien auch weitere drei Häuser beschädigt worden. In der Ortschaft seien auch Stromleitungen, eine Gasleitung und ein Wasserturm beschädigt worden.

Am Angriffsort befindet sich die ukrainische Seite des gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination. Die Polizisten und Mitarbeiter des Katastrophenschutzdienstes sind auch im Einsatz.

de.sputniknews.com: „Heißer Draht“ mit Putin - Kremlchef stellt sich Fragen seiner Mitbürger (Bürgersprechstunde – Anm. d. Übers.)

Am Donnerstag findet bereits zum 15. Mal die TV-Fragestunde der russischen Bevölkerung mit ihrem Präsidenten Wladimir Putin statt.

Aktuell sind bereits 1,87 Millionen Fragen von russischen Bürgern für das TV-Gespräch mit Putin eingegangen.

"Die Fragestunde ist eine Art schöpferischer Prozess. Er hängt davon ab, wovon die Rede ist und welche Fragen aufkommen. Es gibt dabei keine im Voraus geplanten Auftritte oder Fragen", sagte der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31617/55/316175525.jpg>

Dnr-online.ru: Die erste Etappe des ersten Tags der Verifikation von festgehaltenen Personen, die nach Information der ukrainischen Seite einen Austausch verweigern, ist abgeschlossen. Dies teilte heute der Pressedienst der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR mit. Die Prozedur findet im Büro der OSZE-Mission im Rahmen einer Skype-Konferenz unter Beteiligung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa, der Leiterin der Arbeitsgruppe zum Gefangenenaustausch der LVR Olga Kobzewa, der ukrainischen Vertreterin Walerija Lutkowskaja und von Müttern festgehaltener Personen, die zuvor an der Verifikation auf dem Territorium der Ukraine teilgenommen haben, statt. „Die festgehaltenen Personen erhaltenen Fragebögen, die sie selbst ausfüllen und damit ihre Verweigerung des Austausches bestätigen oder dementieren. Diese Fragebögen werden dann den Teilnehmern der humanitären Untergruppe beim nächsten Treffen in Minsk übergeben“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: Putin besorgt über erhöhte Armutsquote in Russland

Russlands Präsident Wladimir Putin hat festgestellt, dass die Armenquote in Russland in den vergangenen fünf Jahren angestiegen ist. Doch die Wirtschaftsrezession sei beendet, die Wirtschaft wachse wieder, sagte Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, seiner jährlichen TV-Sprechstunde mit den Bürgern.

In den 1990er Jahren hatten fast 40 Prozent der Russen unter der Armutsgrenze gelebt, konstatierte Putin. Im Jahr 2012 waren es nur noch zehn Prozent. Derzeit sei die Armutsrate leider wieder auf 13 Prozent geklettert.

„Das Realeinkommen der Bürger ist gesunken. Das erregt Besorgnis“, so Putin. „Es gibt ungelöste Probleme in der Wirtschaft“, gestand er ein und verwies auf die niedrige Arbeitsproduktivität und Strukturprobleme. „Doch seit drei Quartalen wächst die russische Wirtschaft.“

Auf die Frage der Moderatorin, wann die einfachen Bürger dieses Wachstum zu spüren bekämen, sagte Putin, dass der Absturz der Wirtschaft sehr stark gewesen sei, so dass die Bürger somit das Wachstum vorerst nicht mitbekommen könnten.

Putin bezeichnete es als eine der wichtigsten Errungenschaften, dass die Säuglings- und Müttersterblichkeit nach unten gedrückt werden konnte. Auch die Löhne würden seit dem

vergangenen Sommer, wenn auch langsam, wieder wachsen.

Dan-news.info: „Heute um 8:50 wurden die Pumpaggregate der Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks wieder in Betrieb genommen“, teilte das kommunale Unternehmen Woda Donbassa mit.

In kurzer Frist wird wieder Wasser zur Krasnoarmejsker und zur Welikoanadolkaja-Filterstation gelangen, die auf von Kiew kontrolliertem Territorium liegen.

de.sputniknews.com: Putin zu Sanktionen: „Gäbe es keine Krim, würde man sich etwas ausdenken“

Als andere Länder in Russland einen ernststen Konkurrenten gesehen haben, haben sie sofort unter unterschiedlichen Vorwänden Einschränkungen gegen Moskau eingeführt. Dies sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, der alljährlichen TV-Sprechstunde mit seinen Mitbürgern.

Dies war Putin zufolge schon in der ganzen Geschichte Russlands so. Wenn beispielsweise die Wiedervereinigung der Krim mit Russland nicht geschehen wäre, dann hätte sich der Westen einfach etwas anderes ausgedacht, um Russland einzudämmen.

Russlands Präsident betonte jedoch, dass die antirussischen Sanktionen die Wirtschaft des Landes nicht stark beeinflusst hätten. „Die Sanktionen haben sich natürlich auf die russische Wirtschaft ausgewirkt, aber am meisten haben sie die außenwirtschaftliche Konjunktur, darunter auch den Preisabbau für Energieträger, beeinflusst“, so Putin.

„Die Uno glaubt, dass wir wegen der Sanktionen zwischen 50 und 52 Milliarden US-Dollar verloren haben. Diejenigen, die die Sanktionen verhängt haben, haben 100 Milliarden verloren“, so der Staatschef weiter. „Das ist ein zweischneidiges Schwert und schadet allen.“ Der russische Präsident verwies zudem auf die Eindämmungspolitik der USA gegen Russland. Er betonte, dass die Sanktionen, darunter auch die jüngst vom US-Senat gebilligten, „aus dem Boden gestampft“ würden.

Am Mittwoch hatte der US-Senat mit Stimmenmehrheit (97 zu 2) den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Sanktionen gegen Russland gebilligt.

Ukrinform.ua: Der US-Außenminister Rex Tillerson hat bei gestriger Anhörung im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten die Vermutung aufgestellt, dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine gelöst werden könnte, wenn Kiew und Moskau aus Minsker Vereinbarungen aussteigen und andere Vereinbarungen treffen würden.

Darüber berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Das ist höchst wahrscheinlich, dass die Regierung der Ukraine und die russische Regierung zu einer Lösung kommen könnten, die alle durch ein anderes Schema als Vereinbarungen von Minsk zufriedenstellen würde, das die Erreichung der Ziele von „Minsk“ ermöglichen würde, die wir verfolgen“, sagte Tillerson.

Dnr-online.ru: Der ständige bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Friedensverhandlungen in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin kommentierte die Erklärung des US-Außenministers Rex Tillerson, dass Russland und die Ukraine zu einer Vereinbarung zur Regelung der Krise außerhalb der Minsker Vereinbarungen kommen können.

„Teilnehmern unterschiedlicher Ebenen (Ukraine – Konfliktseite und Unterzeichner der Vereinbarungen, Russland – einer der Garanten) wird vorgeschlagen, den Konflikt ohne die

LVR und die DVR zu lösen, dazu noch in „irgendeiner Struktur neben den Minsker Vereinbarungen“... In einer Übersetzung in normale Sprache heißt das, dass die Amerikaner einen Vorschlag vorbringen, mit der Erörterung neuer Vereinbarungen in einem anderen Format zu beginnen. Solche Erklärungen sind ein wortreiches Beispiel politischer Manipulationen und offener Parteilichkeit, wo das Regime Poroschenko versucht, sich Unterstützung zu verschaffen und aus der Pattsituation der Minsker Vereinbarungen herauszukommen: sie dürfen nicht erfüllt werden, sie nicht zu erfüllen, ist aber unmöglich“, sagte Denis Puschilin.

Zuvor hatte am 14. Juni Tillerson bei einer Anhörung des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des US-Kongresses erklärt, dass die USA einen alternativen Weg zur Lösung des militärischen Konflikts im Donbass nicht ausschließen, der sich von den Minsker Vereinbarungen unterscheiden kann. „Es ist gut möglich, dass die Regierung der Ukraine und Russlands zu einer annehmbaren Lösung in irgendeiner Struktur neben den Minsker Vereinbarungen kommen können, aber mit Berücksichtigung der dort genannten Ziele“, sagte der amerikanische Minister.

de.sputniknews.com: Putin stellt dem Westen Ende der Sanktionen in Aussicht
Präsident Wladimir Putin hat versprochen, dass Russland seine Sanktionen gegen die EU und USA aufheben werde, wenn auch diese ihre Sanktionen beenden.

„Wenn unsere Partner die Sanktionen aufheben, wird auch Russland das tun. Sonst stößt es in der Welthandelsorganisation (WTO) auf Probleme“, sagte Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, seiner jährlichen TV-Sprechstunde mit den Bürgern.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 verschlechtert. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten Die USA und – auf ihr Drängen hin – die EU in vier Etappen politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland. Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus den Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland verhängt hatten.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Was Russland stärker als Sanktionen traf - Putin packt aus
Präsident Wladimir Putin hat bestätigt, dass die Sanktionen des Westens der russischen Wirtschaft geschadet haben. Doch der Einfluss dieser Einschränkungmaßnahmen war nach der Einschätzung des Staatschefs gar nicht so stark.

„Haben die Sanktionen Einfluss ausgeübt? Ja, das haben sie. War dieser Einfluss kardinal? Das denke ich nicht“, sagte Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, seiner jährlichen TV-Sprechstunde mit den Bürgern. „Es waren die Weltkonjunktur und der Rückgang der Preise für unsere traditionellen Waren – Öl, Gas, Metall- und Chemieerzeugnisse –, die uns stärker getroffen haben.“

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 verschlechtert. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten Die USA und – auf ihr Drängen hin – die EU in vier Etappen politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland. Im selben Jahr kam es zu einem Ölpreisverfall und der Rubel verlor an Wert.

de.sputniknews.com: Das ärgert Präsident Putin bei „Direktem Draht“ mit Bürgern Systemlösungen für Bürgeranliegen müssen in Russland vielerorts erst ausgearbeitet werden. Bis dahin muss der Präsident – zu seinem Ärgernis – vieles per Hand steuern, wie Wladimir Putins Sprecher, Dmitri Peskow, erklärte.

Ein Wesenszug des Präsidenten sei es, an die Lösung von Problemen systematisch heranzugehen. Die Notwendigkeit, manche Bürgerfragen persönlich, quasi in Handarbeit lösen zu müssen, sei für Putin deshalb „äußerst negativ, ein Ärgernis“, sagte sein Sprecher Peskow dem russischen TV-Sender „Perwyj kanal“.

„Er versteht natürlich, dass manuelles Management in diesem konkreten Fall die schnellste, effektivste Methode ist, ein Problem zu lösen. Das Wichtigste aber ist: die Koordinaten für eine Systemlösung festzulegen“, so Peskow.

Das heißt konkret: Der Präsident „nutzt konkrete Fälle, um eine Modellösung mit den zuständigen Ministerien, Behörden und regionalen Machthabern auszuarbeiten, die dann auf das ganze Land ausgeweitet wird“, erklärte der Kreml-Sprecher. Die beispielhaften Fälle wähle der Präsident persönlich aus.

Peskow betonte ferner: Es gebe zwar eine gewisse Balance, aber soziale Themen würden in den Bürgerfragen vorherrschen. „Soziale Fragen wiederholen sich von Jahr zu Jahr. In diesem Jahr aber beschwert man sich mehr über jene Vorgänge, die mit Lohnkürzung und der Kürzung von Sozialleistungen verbunden sind. Obwohl es auch Menschen gibt, die positive Verschiebungen feststellen.“

Und dann gebe es eine ganze Menge Fragen, weil Putin schlicht einfacher zu erreichen sei als die regionalen Verantwortlichen. „Das ist das Verblüffendste“, sagte Peskow.

Wladimir Putins allererster „Direkte Draht“ fand noch in seiner ersten Amtszeit statt, am 24. Dezember 2001. Im Vorjahr stand der russische Präsident den Bürgern zum 14. Mal live im Fernsehen Rede und Antwort. Über 2,3 Millionen Fragen wurden damals eingereicht.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31617/10/316171044.jpg>

de.sputniknews.com: „Krim ist unser Land“ – Putin: Werden es mit allen Mitteln verteidigen Im Falle einer Bedrohung für die Halbinsel Krim wird Russland laut Präsident Wladimir Putin dieses Territorium mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen.

„Seit die Krim ein vollwertiger Teil der Russischen Föderation geworden ist, hat sich unsere Einstellung zu diesem Territorium grundlegend verändert“, stellte er in seinem Interview für den Starregisseur Oliver Stone fest. „Sollten wir eine Bedrohung für unser Territorium sehen

– und die Krim ist unser Territorium – so werden wir wie auch jeder andere Staat unser Territorium mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen.“..

Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**, bleibt **aber kontrollierbar**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung **elfmal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Losowoje, Nishneje Losowoje, Perwomajsk, Frunse, Obosnoje, Krasnyj Liman, Almasnoje**. Die ukrainischen Streitkräfte haben bei den Beschüssen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörser sowie Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 118 Geschosse abgeschossen.

Ich merke an, dass die Einheiten der Volksmiliz nicht auf die Provokationen reagieren und das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen einhalten. Wir sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behalten wir uns das Recht vor, entschieden im Interesse der Verteidigung unserer Bürger zu handeln.

Mit diesem Ziel werden in den Einheiten der Volksmiliz Übungen zur Erhöhung der Kenntnisse und der Kampfbereitschaft durchgeführt. Gestern wurde auf einem der Truppenübungsplätze Übungen zur Koordinierung von Zügen durchgeführt, in deren Verlauf taktische Aufgaben der Positionsverteidigung, die Abwehr des Gegners und der Übergang zum Gegenangriff bearbeitet wurden.

Uns wurden Fälle weiterer nicht kampfbedingter Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte bekannt. So versuche in der Nacht des 12. Juni ein Soldat der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte nach Erniedrigungen und Beleidigungen durch Kameraden sich eigenmächtig vom Stationierungsort seines Truppenteils im Gebiet von Toschkowka zu entfernen. Aber in der Nähe des Truppenteils geriet der Soldat auf eine Mine, die von seinen Kameraden installiert worden waren, in der Folge verlor er beide Beine.

In der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte entstand beim Genuss von Alkohol ein Streit zwischen Soldaten, in dessen Folge einer der Soldaten eine Schussverletzung am Bein erlitt. Beide Fälle werden von den Brigadeleitungen vor dem übergeordneten Kommando geheim gehalten.

Die ukrainischen Streitkräfte verwenden weiter Drohnen zur Aufklärung und zur Feuerleitung in der Nähe der Kontaktlinie und ignorieren damit die Minsker Vereinbarungen und die übernommenen internationalen Verpflichtungen.

Mitglieder einer OSZE-Patrouille haben den **Flug einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte** in einer Höhe von etwa 500 m über dem von der Kiewer Regierung kontrolliertem **Orechowo** bemerkt, die Drohne kehrte in einen ständigen Stationierungspunkt der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zurück.

Im Gebiet von **Staniza Luganskaja** haben OSZE-Beobachter im Abstand von fünf Minuten **zwei Drohnen der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die sich entlang dem Sewerskij Donezk bewegten.

de.sputniknews.com: Putin: Russen sehen Amerika nicht als Feind an

Russland betrachtet die Vereinigten Staaten nicht als seinen Feind. Moskau ist laut Präsident Wladimir Putin zu einem konstruktiven Dialog mit Washington zu einer ganzen Reihe von internationalen Problemen bereit. Dabei verwies er auf positive Erfahrungen dieser Kooperation.

Russland hat laut Umfragen viele Freunde in den USA, aber die Medienhysterie beeinflusse die Stimmung der Amerikaner, so Russlands Präsident Wladimir Putin am Donnerstag. Auch in Russland gebe es sehr viele, die die Errungenschaften des amerikanischen Volkes mit Respekt aufnehmen und darauf hoffen, dass die bilateralen Beziehungen im Endeffekt normalisiert würden.

„Sowohl wir als auch die Vereinigten Staaten sind daran äußerst interessiert“, betonte Putin. Nach seiner Ansicht könnten beide Länder im Bereich der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zusammenarbeiten. Außerdem könnte ein Dialog über ökologische Probleme aufgenommen werden.

„Wir müssen gegen die Armut in der Welt ankämpfen“, sagte er. Diese sei „eine Quelle von Radikalismus und Terrorismus“.

Außerdem äußerte Putin seine Hoffnung darauf, dass Russland und die USA gemeinsam die Probleme in Syrien und in der Ukraine meistern würden. Ein Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit seien die gemeinsamen Bemühungen um die Regelung des Problems des iranischen Atomprogramms.

„Wir sind zu einem konstruktiven Dialog bereit“, betonte der russische Präsident.

Dnr-online.ru: Im Zeitraum von Januar bis Mai dieses Jahres betrug der Prozentsatz der Zahlungen für kommunalen Dienstleistungen durch die Bevölkerung und Unternehmen 80,8%. Dies teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez mit. Im genannten Zeitraum betrug der Prozentsatz der Zahlungen für die Wasserversorgung 69,9%, für die Heizung 83,6%, für Wohnungsmieten 81,8%, für die Müllabfuhr 85,3%. Gleichzeitig hat eine von der soziologischen Arbeitsgruppe „Rating“ durchgeführte Befragung von Bürgern der Ukraine ergeben, dass mehr als 60% der Befragten die kommunalen Dienste nicht bezahlen können. Die Befragung erfasste verschiedene Bereiche des Lebens einfacher Ukrainer. Außerdem ist die absolute Mehrheit der Befragten – 97% - in diesem Jahr von einer Erhöhung der Preise für Verbraucherwaren und Dienstleistungen betroffen.

de.sputniknews.com: Poroschenko sollte als „Europäer“ seine Offshore-Konten schließen – Putin

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko soll alle Offshore-Konten schließen, wenn er tatsächlich Europäer werden will. Dies sagte Russlands Präsident Wladimir Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, der alljährlichen TV-Sprechstunde mit seinen Mitbürgern. „Falls jemand ein Europäer sein will, sollte er zunächst seine Konten in Offshore-Zonen schließen und erst dann über das Wohl der Bevölkerung sprechen“, sagte Putin.

Am Samstag hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko seinen Bürgern zur Abschaffung der EU-Visumpflicht für die Ukraine gratuliert, wobei er den großen russischen Dichter Michail Lermontow zitierte. Er begann seine Rede mit der Zeile aus einem Gedicht: „Leb wohl, du ungewaschenes Russland“. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte heute dazu: „Natürlich wissen Sie, dass sowohl in unserer als auch in der ukrainischen Literatur viele solche bunten und brutalen Beispiele zu finden sind, womit man Petro Poroschenko antworten könnte. Aber ich werde dies aus Respekt vor der ukrainischen Bevölkerung, unserer gemeinsamen Geschichte und unserem gemeinsamen Glauben nicht tun.“

Ende Mai wurde die vom EU-Rat und dem EU-Parlament gebilligte Entscheidung im Amtsblatt der EU im Online-Rechtsinformationssystem EUR-Lex veröffentlicht. Demnach dürfen ab dem 11. Juni Ukrainer mit einem biometrischen Reisepass in die EU-Staaten (außer Großbritannien und Irland) sowie in die Schweiz, nach Lichtenstein, Island und Norwegen bis zu 90 Tagen innerhalb eines Halbjahres einreisen.

Am 17. Mai hatten die EU-Politiker das Abkommen zur Aufhebung der Visumpflicht für die Ukraine gebilligt.

Ukrinform.ua: Der Oberste Militärstaatsanwalt und stellvertretende Generalstaatsanwalt der Ukraine, Anatolij Matios, hat über zwei Attentatsversuche auf ihn berichtet.

Bei der Anhörung im parlamentarischen Ausschuss zur Korruptionsprävention sagte Matios, dass der Generalstaatsanwalt Personenschutz für ihn angeordnet habe. Es gehe um zwei Attentatsversuche auf ihn, Bedrohungen für seine Kinder, von denen er schon seit 10 Jahren getrennt wohne, ständige Verleumdungen in den kommerziellen Medien. Die sei die Folgen der Festnahme von 16 Steuerbeamten von 23. Matios kündigte auch weitere Festnahmen an. Laut dem Obersten Militärstaatsanwalt gebe es wegen des freien Zugangs zu den elektronischen Vermögensdeklarationen schon Fälle der Entführungen von Verwandten der Militäranwälte, die im Gebiet der Antiterror-Operation in der Ostukraine tätig sind. 74 von 670 Militärstaatsanwälten wurden unter Schutz gestellt.

de.sputniknews.com: Putin vergleicht Ex-FBI-Chef Comey mit Snowden und bietet ihm Asyl an

Russlands Präsident Wladimir Putin hat den ehemaligen Chef der US-Bundespolizei FBI, James Comey, mit dem Whistleblower Edward Snowden verglichen und ihm Asyl angeboten, sollte er in seiner Heimat rechtlich verfolgt werden.

„Er (Comey – Anm. d. Red.) sagte, er habe ein Gespräch mit dem Präsidenten (Donald Trump) aufgezeichnet und dieses Material dann über einen Freund den Medien zugespielt“, sagte Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, seiner jährlichen TV-Sprechstunde mit den Bürgern.

„Das klingt sehr seltsam, wenn ein Geheimdienstchef ein Gespräch mit dem Staatschef aufzeichnet und dies dann auch den Medien zuspielt. Wodurch unterscheidet sich dann der FBI-Direktor von Herrn Snowden?“, fragte Putin.

Nach seiner Einschätzung gleicht das Vorgehen des ehemaligen FBI-Direktors dem eines „Bürgerrechtlers, der eine bestimmte Position verteidigt“.

„Apropos: Wenn er (Comey) in diesem Zusammenhang auf irgendeine Weise verfolgt werden sollte, dann wären wir bereit, auch ihm politisches Asyl in Russland zu gewähren. Er muss das wissen“, so Putin.

Comey, der Russland Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl vorgeworfen, jedoch keine Beweise vorgelegt hatte, wurde im Mai von US-Präsident Donald Trump entlassen.

Der ehemalige Mitarbeiter der US-Geheimdienste CIA und NSA Edward Snowden hatte im Juni 2013 den Zeitungen „Washington Post“ und „Guardian“ eine Reihe von Geheimdokumenten über Ausspähaktivitäten der USA und Großbritanniens übergeben. Er brachte unter anderem ans Licht, dass US-Geheimdienste das private Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel abgehört hatten. Danach flüchtete Snowden zuerst nach Hongkong, dann nach Moskau. Russland gewährte dem Whistleblower Asyl.

Lug-info.com: Mehr als 460 Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben im Schuljahr 2016-2017 in 29 **Inklusionsklassen in Lugankser Schulen** gelernt, teilte die Leiterin der Bildungsabteilung des Stadtverwaltung Walentina Kijaschko mit.

In Lugansk wurden alle Bedingungen für Kinder geschaffen, die individuellen Unterricht benötigen.

„Bei uns werden 306 Kinder zu Hause unterrichtet, davon 164 Kinder mit Behinderungen“, erläuterte Kijaschko.

Außerdem wird in den Schulen der Hauptstadt das Netz der Inklusionsklassen erweitert.

„In acht städtischen Bildungseinrichtungen sind 29 Inklusionsklassen eingerichtet, in denen im letzten Schuljahr 463 Kinder unterrichtet wurden, darunter 141 mit besonderen Bedürfnissen bezüglich des Bildungswesens“, berichtete sie.

„Dort befinden sich die Kinder mit besonderen Bedürfnissen unter anderen Gleichaltrigen, das ist sehr wertvoll. Sie passen sich dort besser an, sozialisieren sich und zeigen bessere Ergebnisse“, sagte Kijaschko.

de.sputniknews.com: Putin: Viele ausländische IS-Söldner – Mehr russische Angriffe als von US-Koalition

Von den 80.000 Kämpfern der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“ – IS) sind allein 30.000 ausländische Söldner. Das hat Russlands Präsident Wladimir Putin im Interview mit US-Regisseur Oliver Stone gesagt. Dabei hat Putin auch Russlands Beitrag im Kampf gegen die Terrororganisation mit dem der US-geführten Koalition verglichen.

Putin zufolge gibt es in den Reihen des IS etwa 80.000 Kämpfer, darunter auch 30.000 Söldner aus 80 Ländern. Unter ihnen seien auch russische Bürger, bedauerte der Präsident in dem Interview mit Stone, das vom US-Sender Showtime in dieser Woche in vier Teilen ausgestrahlt wird.

Außerdem verwies der russische Staatschef auf die Fortschritte in der Bekämpfung des IS und betonte die besondere Rolle Moskaus dabei: „Während unsere Flieger durchschnittlich 70 bis 120 Luftschläge versetzen, fliegt die ganze internationale US-geführte Koalition täglich zwei, drei bis fünf Luftschläge.“

Zwar kontrolliere der IS ein ganz großes Gebiet, jedoch seien wesentliche befreit worden, so Putin weiter: „Und dies sind nicht irgendwelches beliebiges Gebiet oder ein Teil der Wüste, dies sind Territorien, die für Syrien lebenswichtig sind.“

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **66 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner 42 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 84 Panzergeschosse, 220 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf die Gebiete von **dreizehn Ortschaften** abgeschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Streitkräfte die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Der Gegner hat 15 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm und 56 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In **Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Vom Gegner wurden 49 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm und fünf Panzergeschosse abgeschossen.

In der Folge eines Beschusses des **Kiewskij-Bezirk von Donezk** wurde der **zivile Einwohner** W. I. Pyschkow, geb. 1957, **verletzt**. Es wurden neun Häuser in den Ortschaften Golmowskij, Krutaja Balka sowie im Petrowskij- und im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen. Uns liegen Informationen vor, dass es Runderlasse des Leiters der Donezker militärisch-zivilen Verwaltung Shebriwskij an die Leiter der Bezirksverwaltungen der von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien gibt, dass in dieser Woche Versammlungen mit den örtlichen Einwohnern der frontnahen Ortschaften stattfinden sollen. Im Verlauf dieser Versammlungen sollen die Behörden über bevorstehende Beschüsse, angeblich vom Territorium der DVR aus, berichten. Dabei wird von der Bevölkerung verlangt, wenn sie auf Fragen ukrainischer Journalisten antworten, an allem der Armee der DVR die Schuld zu geben.

Unsere Aufklärung hat bereits die Durchführung solcher Versammlungen in den Bezirken Wolnowacha und Dsershinsk (Torezk) festgestellt. Unter anderem fand am 12. Juni eine Versammlung mit Einwohnern von Blishneje im Wolnowacha-Bezirk statt, in der ein Vertreter der ukrainischen Behörde von den örtlichen Einwohnern verlangte, nach dem Beschuss vor

den Kameras ukrainischer Massenmedien zu bestätigen, dass das Feuer vom Territorium der DVR ausging, selbst wenn die Einwohner dies nicht gesehen haben.

Wir verbinden diese Fälle von Instruktionen örtlicher Einwohner mit in Vorbereitung befindlichen und durchzuführenden Beschüssen von Ortschaften durch die ukrainischen Truppen, wie dies in der letzten Nacht in **Suchaja Balka** der Fall war, wo **ein friedlicher Einwohner starb**. Dabei haben die Einheiten der Armee der DVR nicht geschossen und streng und genau die Minsker Vereinbarungen eingehalten.

Nach Angaben unserer Aufklärung sind **an den Beschüssen von Wohngebieten** von Ortschaften auf von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien **nationalistische Bataillone beteiligt**. Insbesondere wurde die Aktivität von mobilen Gruppen des Bataillons „Donbass“, das zeitweise im Gebiet von Konstantinowka auf dem Territorium von Produktionshallen des Unternehmens „Megatex“ (Kalinin-Straße 1a) stationiert ist, im Bezirk Dsershinsk festgestellt. Die Unternehmungen von Feuergruppen werden in der Nacht durchgeführt. Die Beschüsse von Ortschaften erfolgen aus Bezirken in der Nähe der Kontaktlinie. Im Bezirk **Wolnowacha** hat eine Einheit des „Rechten Sektors“ die eigenen Territorien beschossen.

Im Verantwortungsbereich des 3. mechanisierten Bataillons der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka wurde eine Einheit aus der 95. Luftsturmbrigade entdeckt, die eingetroffen ist, um Artillerieaufklärung zu betreiben.

Diese Aufklärungseinheit ist mit automatisierten Schallmessungskomplexen „Tembr“ ausgestattet, die zur Kontrolle der Schüsse der eigenen Artillerie vorgesehen sind und auch die Möglichkeit bieten, Koordinaten von Artillerie festzustellen und zu bestimmen, die Feueraufgaben in einem bestimmten Bereich erfüllt.

Also hat der Stab der „ATO“ entschieden, gegen provokative Beschüsse der eigenen Positionen und von Ortschaften auf ukrainischen Territorium durch nicht kontrollierten Einheiten von Nationalisten, die in der Konfliktzone aktiv sind, zu kämpfen. Auf Grundlage der festgestellten Fälle nicht genehmigter Beschüsse von den Positionen der ukrainischen Truppen aus werden Ermittlungen durchgeführt, auf die eine Bestrafung der Schuldigen folgen wird.

de.sputniknews.com: Putin dankt Russland-Unterstützern aus Ukraine

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag bestätigt, dass sein Land viele Freunde in der Ukraine hat und die dort lebenden und Russland unterstützenden Menschen hoch schätzt.

„Warum haben Sie uns im Stich gelassen? In der Ukraine sind nicht alle Bandera-Anhänger. Wir gehen hier zum ‚Unsterblichen Regiment‘ und gedenken unserer Väter. Warum beschmieren Sie uns alle in allen TV-Sendern mit einer Farbe?“, fragte ein Anrufer aus Kiew. Putin bedankte sich bei dem Anrufer dafür, dass er die gemeinsame russisch-ukrainische Geschichte wertschätze. „Wir sehen dies und schätzen es sehr hoch. Ich kann dem nicht zustimmen, dass wir alle schwarz malen. Wir bemühen uns, überhaupt niemanden schwarz zu malen... Wir haben Angst, Sie irgendwie zu gefährden, und versuchen, uns in die innerpolitischen Prozesse in der Ukraine nicht einzumischen“.

Der Präsident verwies dabei auf den Vorsitzenden der gesellschaftlichen Bewegung „Ukrainische Wahl – das Recht des Volkes“, Viktor Medwedtschuk. Putin bezeichnete ihn als starken Verfechter der ukrainischen Unabhängigkeit, der gleichzeitig für gute Beziehungen zu Russland plädiert. „Darin ist er nicht allein“, sagte der Staatschef.

Lug-info.com: „Bei der Hotline des Innenministeriums der LVR hat der Bürger S. angerufen, der Mitarbeiter der Sewerodonezker Abteilung der „Nationalpolizei“ ist. Nach den Worten des Mannes sind in Sewerodonezk einige hohe Beamte aus dem Hauptquartier des

Sicherheitsdienstes der Ukraine in Kiew eingetroffen. Die Aufgabe der Kommission ist die Aufdeckung von Mitarbeitern der Rechtsschutzstrukturen, die die Hotline des Innenministeriums der LVR anrufen“, berichtete das Innenminister der LVR. „Die „Nationalpolizisten“ haben auch den mündlichen Befehl erhalten, dass sie Ortschaften in unmittelbarer Nähe der Abgrenzungslinie nicht besuchen dürfen. „Man hat Angst, dass wir nicht das sehen, was nötig ist“, unterstrich der Anrufer“, teilte die Polizei der LVR mit.

de.sputniknews.com: Weißrussland: Nato verlegt Kampfdrohnen an Grenze – Lukaschenko antwortet

Zu der zunehmenden Verlegung von Nato-Truppen und Militärtechnik der Allianz an die Grenze zu Weißrussland hat sich der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko am Donnerstag bei dem Treffen der Sicherheitsratssekretäre der OVKS-Länder in Minsk geäußert und dabei von einem „unverhohlenen Eifer“ gesprochen.

„Wenn es nur Truppen wären, aber dort wurden auch die modernsten Drohnen stationiert... sie sind riesig, wie richtige Flugzeuge. Das sind Kampfdrohnen. Gegen wen?“, fragte Lukaschenko.

Auch für die Kritik der Nato an gemeinsamen Militärmanövern von Russland und Weißrussland zeigte Lukaschenko kein Verständnis: „Und die sagen uns: ‚Ihr sollt keine Übungen abhalten.‘ Nein, wir werden Übungen durchführen, weil weder Russland noch Weißrussland noch die gesamte OVKS ihre Sicherheit aufs Spiel setzen wollen“, so der weißrussische Präsident.

Russland und Weißrussland wollen im kommenden September eine gemeinsame Militärübung abhalten: „Zapad-2017“. Dabei solle ein defensives und kein offensives Vorgehen geübt werden, betonte Lukaschenko.

Derweil hat das litauische Verteidigungsministerium die kommende „Zapad“-Übung als ein besonderes Sicherheitsrisiko eingestuft. Dies hat das Ministerium in einem eigens veröffentlichten Bericht bekanntgegeben.

Weißrusslands Verteidigungsministerium bezeichnete den Bericht als „Nonsens“. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bewertete den litauischen Bericht als Ausdruck einer totalen, von außen aufgezwungenen Russophobie.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31617/36/316173613.jpg>

de.sputniknews.com: Keine neue „Kuba-Krise“ – Putin über US-Kriegsschiffe in Krim-Nähe 2014

Die Situation mit US-Kriegsschiffen nahe der Krim im Jahr 2014 kann nicht mit der „Kuba-Krise“ 1962 verglichen werden, als die Welt an der Schwelle zur atomaren Katastrophe stand. So schätzt es der russische Präsident Wladimir Putin ein. Er hat darüber im Interview mit dem US-Regisseur Oliver Stone gesprochen.

2014, gleich nach dem Beginn der Krim-Krise, wurde der US-Kreuzer „USS Donald Cook“ ins Schwarze Meer nahe Krim verlegt. Sie verfügt über Systeme „Aegis“, die bis zu 56 Marschflugkörper „Tomahawk“ mit den nuklearen Sprengköpfen tragen kann. Die Verteidigungsmaßnahmen der russischen Seite zwangen das Schiff, das Krimgewässer Richtung Bosphorus zu verlassen. Anschließend flog ein russisches Kampfflugzeug vom Typ Suchoj Su-24 einige Male sehr tief über dem Schiff, was von den USA verurteilt wurde.

„Ich würde dies mit der Kuba-Krise nicht vergleichen“, sagte Russlands Präsident Putin dazu gegenüber US-Regisseur Stone in dem Interview, das der US-Sender Showtime in dieser Woche zeigt.

„Damals stand die Welt an der Schwelle der atomaren Katastrophe. In diesem Fall waren wir, Gott sei Dank, nicht so weit. Obwohl wir unsere neusten Raketensysteme der Küstenwache ‚Bastion‘ auf der Krim trotzdem aufgebaut haben. Geht es um die nationale Sicherheit, so sind wir jedenfalls berechtigt, die verfügbaren Verteidigungsmittel einzusetzen. Was macht aber die ‚USS Donald Cook‘ nahe unserer Grenze? Wer provoziert wen? Wir verteidigen unser Territorium.“

Der russische Präsident betonte, dass der „Kommandeur sicherlich die vom Raketensystem ausgehende Strahlung erkannt hat“.

„Ich kenne diesen Mann persönlich nicht, aber er ist ein disziplinierter, verantwortungsbewusster und ziemlich tapferer Offizier. Er hat die richtige Entscheidung getroffen. Er verschärfte die Spannung nicht, provozierte nicht, vermied die offene Konfrontation. Das bedeutet nicht, dass er den Befehl zum Beschuss erhalten würde, aber man sollte auf der ‚USS Donald Cook‘ sehen, dass die Küste verteidigt ist.“

Russland wurde „bis an eine gewissen Grenze getrieben“, hob der Präsident hervor.

„Außerdem, ich sage doch: wir waren für einen konstruktiven Dialoge bereit. Aber nein, man musste unbedingt eine verfassungswidrige Machtergreifung unterstützen. Wozu? Ich verstehe immer noch nicht, wozu das gemacht wurde.“

ukrinform.ua: Die Ukraine hat im Wirtschaftsjahr 2016/2017 42,3 Millionen Tonnen Getreide exportiert. (Stand: 14. Juni 2017). Das ist um 4,8 Millionen Tonnen mehr als im gleichen Zeitraum des vorigen Wirtschaftsjahres.

Das meldet die Pressestelle des Landwirtschaftsministeriums der Ukraine.

„Seit dem Beginn des Wirtschaftsjahres 2016/2017 exportierte die Ukraine bis zum 14. Juni 19,7 Mio. Tonnen Mais, ein Plus von 2,8 Mio. Tonnen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der gesamte Getreideexport betrug 42,3 Mio. Tonnen, ein Plus von 4,8 Mio. Tonnen gegenüber dem 14. Juni 2016“. Insgesamt führte die Ukraine 17 Millionen Tonnen Weizen (0,96 Mio. Tonnen mehr als im vergleichbaren Zeitraum des vorigen Wirtschaftsjahres), 5,2 Millionen Tonnen Gerste (ein Plus von 0,95 Mio. Tonnen), 6.600 Tonnen Roggen (11.000 Tonnen weniger) aus. Außerdem wurden im Wirtschaftsjahr 2016/2017 366,9 tausend Tonnen Mehl exportiert.

Im Wirtschaftsjahr 2015/2016 wurden 39 Millionen Tonnen Getreide exportiert.

de.sputniknews.com: Sotschi empfängt Weltmeister Deutschland

Weltmeister Deutschland, der in Russland zum dritten Mal beim FIFA Konföderationen-Pokal dabei sein wird, ist heute in Sotschi eingetroffen.

Erster Gegner der Mannschaft von Joachim Löw ist am 19. Juni im Fischt-Stadion in Sotschi Australien. Danach folgen am 22. Juni in Kasan Chile und am 25. Juni in Sotschi Kamerun. Rang drei vor eigenem Publikum 2005 ist die bislang beste Platzierung Deutschlands beim FIFA Konföderationen-Pokal.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31617/42/316174203.jpg>

de.sputniknews.com: Präsident stellt sich den Fragen seiner Bürger – Im Westen nicht vorstellbar

Willy Wimmer

Ein kenntnisreicher, umsichtiger, humorvoller russischer Präsident hat mit seiner heutigen Fragerunde, die das ganze Land einbezieht, eine globale Aufgabe.

Dieser Aufgabe stellt er sich vor dem Hintergrund von fast zwei Millionen Fragen aus dem ganzen Land. Man darf sich bei den westlichen Staatsführungen ruhig umsehen und sich fragen, ob man sich die eigenen Repräsentanten überhaupt in dieser Rolle vorstellen kann?

Die Frage zu stellen heißt, sich selbst die Antwort geben zu müssen. Natürlich kann man sich so etwas nicht vorstellen.

Es kommt noch etwas zu dieser Feststellung hinzu. Die Bürger Russlands beteiligen sich in einer unglaublichen Weise an dieser jährlich stattfindenden Fragerunde. Bei uns würde so etwas als Vertrauensbeweis sowohl für die Persönlichkeit als auch das staatliche System gewertet. Man kann sicher sein, dass die westlichen Medien, engstirnig wie sie sind, das dem russischen Präsidenten nicht gönnen.

Die weltweit übertragene Fragerunde hat in diesen turbulenten Zeiten eine globale Konsequenz. Während in den Vereinigten Staaten gerade heute über die üblichen Presse-Zünder das militärisch-industrielle Kriegsestablishment gegenüber dem gewählten Präsidenten unter fadenscheinigen Gründen versucht "blank" zu ziehen und die Welt in den Untergang zu ziehen, vermittelt Präsident Putin jenes Maß an Berechenbarkeit und Beruhigung, auf die die ganze Welt dringend angewiesen ist. "Wenn man den Frieden will, muss man auf Moskau und nicht auf Washington blicken."

Dan-news.info: „Derzeit erhalten in der DVR etwa eine Million Bürger soziale Unterstützung aus dem republikanischen Haushalt“, teilte die Arbeits- und Sozialministerin der DVR Larissa Tolstykina mit. „Von diesen sind fast 680.000 Menschen Rentner, 137.000 sind Empfänger

von Sozialzahlungen“.

Über das Ministerium erfolgen auch andere Arten der sozialen Unterstützung der Bevölkerung. „Die monatliche Summe von Ausgaben zur Absicherung der Renten- und Sozialzahlungen beträgt mehr als 3 Mrd. Rubel“, sagte Tolstykina.

Einen wesentlichen Teil der Ausgaben des Ministeriums nimmt auch die gezielte Unterstützung ein – Zahlungen an bestimmte Kategorien von Bürger, einmalige Zahlungen zum Tag des Sieges, Gelder zum Kauf von Haushaltskohle, einmalige Zahlungen an Menschen, die unter den Folgen der militärischen Aggression der Ukraine leiden.

de.sputniknews.com: US-Raketen in 15 Minuten vor Moskau - Putin: Russland muss sich schützen

Russland muss laut Präsident Wladimir Putin seine Gebiete in der Arktis schützen - insbesondere angesichts der amerikanischen Atom-U-Boote in Nord-Norwegen.

In seiner TV-Bürgersprechstunde am Donnerstag wurde Putin nach der Strategie Russlands in seinen arktischen Hoheitsgebieten gefragt.

„Wir müssen unsere Souveränität über diese Gebiete sicherstellen“, antwortete Putin. „Wir dürfen den militärischen Aspekt nicht vergessen. Diese Region ist aus der Sicht der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes sehr wichtig.“

Dabei verwies Putin auf die US-amerikanischen Atom-U-Boote, die im Norden Norwegens eingesetzt würden. „Ihre Raketen brauchen 15 Flugminuten bis nach Moskau. Wir müssen sehen, was dort vorgeht. Wir müssen uns angemessen schützen.“

Über diese Region verlaufe zudem die Flugbahn von bodengestützten Raketen, die auf dem Territorium der USA stationiert seien, sagte Putin. Deshalb brauche Russland auch dort ein Frühwarnsystem, um Raketenstarts zu verfolgen.

de.sputniknews.com: Putin über Pläne für und in Syrien

Russland will die Kampffähigkeit der syrischen Armee erhöhen und die Anbahnung eines friedlichen politischen Regelungsprozesses zwischen allen Konfliktseiten in Syrien erreichen, wie der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag beim „Direkten Draht“, der alljährlichen TV-Sprechstunde mit seinen Mitbürgern sagte.

Das Ziel Russlands sei es, „das Niveau und die Kampffähigkeit der syrischen Armee zu erhöhen und uns damit langsam auf unsere Stützpunkte in Syrien, den Militärflugplatz Hmeimim und den Flottenstützpunkt Tartus, zurückzuziehen und gleichzeitig den syrischen Truppen zu ermöglichen, effektiv zu agieren und alle nötigen Ergebnisse zu erzielen“.

Was die russischen Pläne in Syrien angehe, „beabsichtigen wir, einen friedlichen politischen Prozess bei der Regelung des Konflikts zwischen allen Konfliktseiten anzubahnen“.

Zudem betonte der russische Präsident, dass die russische Armee unschätzbare Erfahrungen beim Syrien-Einsatz, darunter auch bei der Nutzung der modernsten Waffen unter Kampfbedingungen, gesammelt habe.

„Der Einsatz der modernsten Waffen ermöglichte uns zu verstehen, wie sie unter Kampfbedingungen funktionieren, und alle nötigen Korrekturen ... vorzunehmen. Wir haben gewusst, dass es gute und funktionierende Waffen sind, aber als wir gesehen haben, wie diese unter Kampfbedingungen funktionieren, — das ist absolut eine andere Geschichte.“

Die russischen Streitkräfte hätten „eine andere Qualität bekommen“. „Einige Einheiten sind überhaupt erst vor kurzem gebildet worden und werden sehr effektiv eingesetzt“, so Putin.

Ukrinform.ua: Zwei russische Staatsangehörige haben am Donnerstagmorgen an einem Grenzübergang zu Russland um politisches Asyl in der Ukraine gebeten.

Das teilt die Pressestelle des ukrainischen Grenzschutzes mit. Die Männer hätten angekündigt,

sie wollen Asyl in der Ukraine wegen politischer Verfolgung in Russland beantragen. Während der Sicherheitsmaßnahmen, die gemeinsam mit Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes SBU durchgeführt wurden, wurde festgestellt, dass die Russen Mitglieder der Oppositionsbewegung von Alexej Nawalny sind und politisch verfolgt werden. Über ihre Asylanträge wird der Migrationsdienst der Ukraine entscheiden.

de.sputniknews.com: **Ukraine will im Donbass „hybriden Kriegszustand“ einführen**

Ein Gesetzentwurf über die Wiedereingliederung des Donbass in die Ukraine soll in der nächsten Woche in die Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament) eingebracht werden. Laut dem Abgeordneten der Rada Mustafa Najem wird in diesem Gesetzentwurf ein sogenannter „hybrider Kriegszustand“ für die Region festgeschrieben.

„Wir umgehen diese Frage (die Einführung des Kriegszustandes – Anm. d. Red.) und führen einen sogenannten ‚hybriden Kriegszustand‘ durch das Gesetz ein, das eingebracht werden soll. In dem Gesetz wird in erster Linie die Vereinigung der administrativen Behörden und die Möglichkeit des Einsatzes der Streitkräfte vorgesehen“, zitiert die Nachrichtenagentur RIA Novosti Najem am Donnerstag.

Laut Najem sollten auch andere Behörden die Leitung der Militäroperation in der Ostukraine übernehmen. Jetzt ist dafür der Sicherheitsdienst der Ukraine zuständig.

Am Mittwoch berichtete der ukrainische Präsident Petro Poroschenko über Pläne, in die Rada einen Gesetzentwurf über die Wiedereingliederung des Donbass in die Ukraine einzubringen, in dem eine Rechtsordnung der Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte verankert werden soll. Dabei sprach sich Poroschenko gegen die Abschaffung der „Antiterroroperation“ (so bezeichnet die Regierung in Kiew die Kriegshandlungen in Donbass) bis zur Verabschiedung des Gesetzes aus.

Zuvor hatte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexander Turtschinow, aufgerufen, die „Antiterroroperation“ zu beenden und zum Schutz des Landes vor dem „hybriden Krieg mit Russland“ überzugehen....



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31358/81/313588156.jpg>

dnr-news.com: Putin erklärte, dass Russland alles zur Unterstützung der Menschen im Donbass tut

Der Präsident Russlands Wladimir Putin sagte der TV-Bürgersprechstunde gegenüber

Journalisten, dass die Probleme im Donbass nicht weniger werden, sondern wachsen, und versprach, dass die RF alles zur Unterstützung der Menschen dort tun werde.

„Es ist eine sehr große Tragödie. Wir tun alles dafür, um den Schaden zu minimieren, den es dort gibt“, sagte Putin den Journalisten.

„Sie kennen unsere Positionen im Allgemeinen, doch wir werden alles dafür tun, um die Menschen dort zu unterstützen, und zwar unabhängig von allen äußeren Faktoren“, ergänzte er.

de.sputniknews.com: Lösung des Nordkorea-Problems: USA rechnen mit Unterstützung Russlands

Die USA rechnen laut dem amerikanischen Außenminister Rex Tillerson mit einer zusätzlichen Unterstützung Russlands bei der Lösung der Nordkorea-Frage.

„Nordkorea ist eine der Hauptfragen, die ich ziemlich oft mit (dem russischen Außenminister – Anm. d. Red.) Sergej Lawrow bespreche. Ich habe dies auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erörtert, als ich mich mit ihm im Kreml getroffen habe“, zitiert die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti Tillerson.

Er betonte dabei, dass sich die Einstellung Russlands zu Nordkorea ändere. „Und wir rechnen mit zusätzlicher Unterstützung von ihnen“, so Tillerson weiter. Ihm zufolge sieht Moskau, dass das Vorgehen Nordkoreas auch eine Bedrohung für Russland darstelle.

In den vergangenen Monaten hat Nordkorea eine Reihe von Raketentests durchgeführt, die Pjöngjang als erfolgreich bezeichnet hat. Bei einem der Tests soll die Rakete die japanische Wirtschaftszone erreicht haben und ins Meer abgestürzt sein.

Ukrinform.ua: Die Staats- und Regierungschefs der EU werden die politische Entscheidung über eine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland beim EU-Gipfel am 22./23. Juni in Brüssel treffen.

Das sagte ein hochrangiger EU-Diplomat dem Ukrinform-Korrespondenten in Brüssel. Die Sanktionen würden wahrscheinlich um weitere sechs Monate verlängert.

Abends:

de.sputniknews.com: Moskau schließt Einsatz nach Syrien verlegter US-Raketen gegen Assads Armee nicht aus

Russland schließt nicht aus, dass die von Jordanien nach Syrien verlegten US-Mehrfachraketenwerfer gegen die Regierungsarmee von Präsident Baschar al-Assad eingesetzt werden könnten. Das geht aus einer am Donnerstag in Moskau veröffentlichten Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums hervor.

Moskau zufolge hatten die USA am Vortag zwei Anlagen vom Typ HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) im Stützpunkt At Tanf im Süden Syriens stationiert.

„Die Kräfte der US-geführten internationalen Koalition haben bereits die syrischen Truppen mehrmals angegriffen, die im syrisch-jordanischen Grenzraum gegen das Terrornetzwerk Daesh (Islamischer Staat) kämpfen. Daher ist nicht auszuschließen, dass diese Attacken fortgesetzt werden, jetzt aber unter Einsatz von HIMARS-Komplexen. Welche reale Ziele verfolgen denn die USA in Syrien? Gegen wen wollen die US-Soldaten dort kämpfen?“, fragt das russische Verteidigungsministerium.

Die mobile operativ-taktische HIMARS-Anlage ist auf einem Radfahrgestell montiert. Jeder Komplex ist mit sechs Raketengeschossen beziehungsweise mit einer operativ-taktischen ballistischen Rakete bestückt.

Dnr-news.com: Im ukrainischen Innenministerium versprach man, den Donbass zu „säubern“ Der Berater des Innenminister der Ukraine Sojan Schkirjak sagte, dass Kiew auf alle Fälle die nicht durch es kontrollierten Territorien den Donbass „befreien“ wird, und danach werden die Rechtsschutzorgane diese Territorien auch noch „säubern“ müssen.
„Ich kann auch diejenigen überzeugen, die es heute noch nicht hören, hört also zu: wir werden auf jeden Fall dieses Territorium befreien, und auch die Säuberungen müssen durchgeführt werden. Daran gibt es keinen Zweifel“, sagte Schkirjak gestern Abend im TV des ukrainischen „Channel 5“

de.sputniknews.com: **Ukraine-Konflikt: Donezk erwartet „saisonbedingte“ Eskalation**

Die selbsterklärte Volksrepublik Donezk im Osten der Ukraine, die seit drei Jahren gegen die Regierungstruppen kämpft, befürchtet, dass der schleichende Konflikt im August wieder eskalieren wird. Der Donezker Parlamentschef Denis Puschilin ruft deshalb die Weltgemeinschaft zu mehr Druck auf die Ukraine auf.

„Im letzten und im vorletzten Jahr hat es im August eine Eskalation gegeben“, sagte Puschilin am Donnerstag zur Nachrichtenagentur DAN. „Wir erwarten von der Weltgemeinschaft, dass sie uns hilft und Kiew unter Druck setzt.“

Ohne die Hilfe würde der Krieg wieder aufflammen, es würde neue Opfer und Zerstörungen geben, warnte der Politiker.

Formell gilt seit September 2015 im Osten der Ukraine eine Waffenruhe, dennoch kommt es immer wieder zu Beschuss. Nach Angaben aus Donezk hat das ukrainische Militär in den vergangenen 24 Stunden 66 Mal den Waffenstillstand gebrochen und 23 Ortschaften der „Volksrepublik“ unter Einsatz von Artillerie, Panzern und Handfeuerwaffen angegriffen. Die ukrainische Armee ihrerseits meldete 55 Angriffe durch die Donezker Milizen.

Auch die OSZE spricht von einer zunehmenden Gewalt im Donbass. Alexander Hug, Vizechef der OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine, teilte am Donnerstag mit, dass die die Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe seit einer Woche um 75 Prozent angewachsen sei. Vor zwei Wochen hatte der Kiewer Sicherheitsratschef Alexander Turtschinow beim Besuch seiner Soldaten geäußert, dass der Krieg erst dann enden würde, wenn ukrainische Truppen in Moskau stünden.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk (Donbass) geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich vom Februar in Kiew nicht anerkannt und zuerst mehr Selbständigkeit gefordert und dann unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Nach den jüngsten UN-Angaben sind bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und örtlichen Bürgermilizen bislang insgesamt fast 10.000 Menschen ums Leben gekommen.